



Pressemitteilung – Bericht

**Vortrag mit Energiefachmann Dipl.-Ing. Klaus Becker:
“Erneuerbare Energien – neue Perspektiven. Hier und jetzt!”**



Energiefachmann Dipl.-Ing. Klaus Becker, Vorsitzender des Bezirksverbands Schwaben von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, beim Vortrag und mit Bergith Hornbacher-Burgstaller, Ortssprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberstdorf

Oberstdorf | pm | Anlässlich der neuen Atom-Ausstiegsgesetze referierte Dipl.-Ing. Klaus Becker, Bezirksvorsitzender der GRÜNEN Schwabens, auf Einladung von Bergith Hornbacher-Burgstaller (Oberstdorfer Ortsverbands-Sprecherin der GRÜNEN) über den aktuellen Stand zum Thema "Erneuerbare Energien – neue Perspektiven. Hier und jetzt!"

Zunächst bezog er sich auf das Atomausstiegsgesetz. Die 13. Novelle, die am 30. Juni mit großer Mehrheit beschlossen wurde, lege als wesentlichen Vorteil unumkehrbare Abschaltzeiten der Atomkraftwerke (AKW) fest, die durch die Übertragung von Reststrommengen nicht verlängert werden könnten. Das Gesetz könne jedoch durch eine weitere Novelle wieder verändert werden. Die GRÜNEN forderten in einem eigenen Gesetzentwurf die Stilllegung aller Atomkraftwerke bis 2017 und wollten im Falle einer Regierungsbeteiligung ab 2013 versuchen, diesen Ausstiegszeitpunkt durchzusetzen.

Zum AKW Gundremmingen stellte Becker fest, die GRÜNEN im Bezirk Schwaben setzten sich vehement für eine schnellstmögliche Abschaltung ein. Die Abschaltungsreihenfolge werde immer nach dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme und der Restlaufzeit bewer-

tet. Deswegen würden die Blöcke B und C nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung erst 2017 bzw. 2021 abgeschaltet. Hierbei werde aber nicht berücksichtigt, dass Gundremmingen ein veralteter Siedewasserreaktor ist, der (mit leichten Verbesserungen) dem Fukushima-Typ entspricht.

Becker bemängelte ausdrücklich, dass im restlichen Gesetzespaket die Erneuerbaren Energien (EE) nicht in dem Maße gefördert würden, wie es sinnvoll wäre. So befreie die Bundesregierung Unternehmen von der Zahlung der EEG-Umlage und belaste damit die Privathaushalte mehr. Die On-Shore-Förderung von Windkraft werde nicht verbessert. Stattdessen sollen zentrale Windparks auf dem Meer (Off-Shore) bevorzugt gefördert werden. Der Forderung der GRÜNEN nach einer dezentralen Energieerzeugung werde nicht Rechnung getragen.

Die Energiesituation in Oberstdorf mit ca. 26 % EEG-Strom (laut energymap.info) konzentrierte sich vor allem auf die Wasserkraft, daneben wird etwas Solarenergie produziert. Die anderen vom EEG geförderten Energiearten – insbesondere Biomasse, Klärgas und Geothermie – seien hier unterrepräsentiert. Für Oberstdorf schlug er vor, den Einsatz von Fotovoltaik und Biomasse (Hackschnitzel, Forstabfälle) zu erweitern und sich nicht noch mehr auf die Wasserkraft zu konzentrieren. Zudem könne Oberstdorf für sein Netz Ökostrom beziehen und so zusätzlich einen Beitrag zum verstärkten Einsatz von EE leisten. Hierzu stellte Hornbacher-Burgstaller ergänzend fest, „dass die Wasserkraft in Oberstdorf ausgereizt ist, gerade in den energieintensiven Wintermonaten wenig Strom liefert und schon deshalb durch einen größeren Energiemix mehr Flexibilität anzustreben ist“.

Laut Becker sollte sich energiepolitisches Handeln nach dem Motto „EEE“ richten: Energiesparen, Energieeffizienzsteigerung, Erneuerbare Energien. Die beste Energie sei die, die erst gar nicht erzeugt werden müsse. Eine Gemeinde könne zum Beispiel die – noch völlig unzulängliche – Sanierung im Wohnungsbestand fördern oder eine Energiegenossenschaft gründen, in der sich die Bürgerschaft an EE-Projekten beteiligen können. Auch durch moderne Heizungspumpen, Energiesparlampen und besonders sparsame Haushaltsgeräte (A+++) könne die Kommune wie auch jeder Einzelne Strom sparen. Für Becker „gehört die Zukunft der energieautarken Gemeinde mit einer eigenen Bürgerbeteiligung“. Er wünschte den GRÜNEN in Oberstdorf viel Erfolg auf diesem Weg.

Redaktion: Mario M. Ernst